

# DSTG magazin

Gewerkschaftsorgan der  
Deutschen Steuer-Gewerkschaft  
Dezember 2008 · 57. Jahrgang

12



Zu einem Meinungsaustausch zu steuerpolitischen Themen kamen der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen Franz Josef Pschierer (re.) und DSTG-Chef Dieter Ondracek am 28. November 2008 in München zusammen.

Bayern setzt auf Steuerentlastung  
15. Landesverbandstag DSTG-NRW  
Ohne uns kein Staat – Die bayerische Finanzverwaltung



> Editorial

### Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Finanzmarktkrise hält die Politik in Atem. Die Bundesregierung insbesondere ist gefordert, den Schaden des Crashes zu reparieren, den hochbezahlte Manager in der Bankenwelt verschuldet haben. Rettungsschirme werden gespannt, Fangnetze installiert, um unüberschaubare negative Auswirkungen für die Volkswirtschaft abzuwenden. Die Notoperationen strapazieren die Haushalte. Das Ziel, die Nettoneuverschuldung auf null zurückzuführen, ist nicht mehr erreichbar. Die Wirtschaftslobbyisten rufen nach staatlicher Hilfe. Einst glühende Verfechter der Marktwirtschaft besinnen sich plötzlich auf „Vater Staat“. Vielfach sind es die gleichen Protagonisten, die in der Vergangenheit nicht müde wurden, dafür zu kämpfen, dass Unternehmen Sondersteuersätze und steuerliche Vergünstigungen gewährt wurden, sodass sie am besten überhaupt nichts mehr in die öffentlichen Kassen zu zahlen hätten. Wenn die Politik solche Ansinnen nicht erfüllte, halfen sich einige selbst, indem sie Gewinne ins Ausland verlagerten.

In Verlustzeiten soll nun der Staat, den man vorher bewusst finanziell geschwächt hat, die aufgerissenen Löcher stopfen. Erneut ertönt der Ruf nach Steuersenkungen, natürlich wieder zum Vorteil für die Unternehmen. Die Wiedereinführung der eben abgeschafften degressiven AfA sowie Investitionsförderungen gehören zum Forderungskatalog – der Erfindungsreichtum scheint grenzenlos zu sein. Zahlen sollen die Zeche selbstverständlich immer die anderen, nämlich die Arbeitnehmer – und dies doppelt.

Arbeitsplatzabbau und Lohnkürzungen werden unverfroren als Allheilmittel in der Krise angepriesen. Ein schlicht ärgerliches Szenario. Und die Politik lässt sich in die Verantwortung ziehen, obwohl sie nicht verantwortlich ist. Die Autoindustrie muss angeblich geschützt und gestärkt werden. Länder und der Bund überbieten sich gegenseitig mit Hilfsangeboten. Wenn jedoch der kleine Handwerksbetrieb ins Schleudern kommt, zuckt man mit den Schultern.

Befristet soll nun die Kfz-Steuer ausgesetzt werden. Wer in solchen Zeiten ein Auto für 30000 oder 40.000 Euro kauft, wird seine Entscheidung nicht davon abhängig machen, ob er 200 oder 300 Euro Kfz-Steuer befristet erlassen bekommt. Mit dieser Maßnahme wird schlicht Geld verplempert.

Für Investitionen in den nächsten zwei Jahren soll nach dem Hilfspaket der Bundesregierung wieder eine degressive Abschreibung möglich sein. Eine solche Abschreibung bringt Zinsvorteile – vor allem für langfristige Investitionen. Langfristige Investitionen werden aber sorgfältig geplant und nicht davon abhängig gemacht, ob schnell oder langsam abgeschrieben werden kann. Die zeitliche Steuerersparnis nehmen Betriebe allenfalls gern mit. Sinnvoller wäre, einzelnen Unternehmen, die in Schwierigkeiten geraten, gezielt durch Kapitalhilfen unter die Arme zu greifen.

In dieses Krisenszenario hinein müssen wir unsere Tarifforderungen für 2009 platzieren. Am 8. und 9. Dezember wird die Tarifkommission der dbb tarifunion und der dbb Bundesvorstand über die Forderungen beraten und sie beschließen. Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung, Inflationsausgleich und Abbau des Besoldungsrück-

> Impressum

**Herausgeber:** Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-600, Telefax 030.206256-601, Internet: www.dstg-verlag.de, E-Mail: dstg-bund@t-online.de. **Verantwortlich:** Dieter Ondracek, Rafael Zender. **Verlag:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Fotos:** Windmüller, DSTG-Archiv, Fiegel, MEV. **Anzeigenverwaltung DSTG magazin:** Steuer-Gewerkschaftsverlag, Elke Schmidt, Friedrichstraße 169/170, 10117 Berlin, Telefon 030.206256-650, Telefax 030.206256-601, E-Mail: stgv@dstg-verlag.de. **Anzeigenpreisliste Nr. 24** gültig ab 1. Oktober 2005. Nachdruck honorarfrei gestattet. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Bezugsbedingungen:** Das DSTG magazin erscheint zehnmal jährlich. Der Bezugspreis ist durch Mitgliedsbeitrag abgegolten. Dem DSTG magazin regelmäßig beigelegt ist „Die Steuer-Warte“ und einem Teil der Ausgabe, neunmal im Jahr, „Die Steuer-Gewerkschaft in Nordrhein-Westfalen“. Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen in jedem Fall nur die Meinung des Verfassers dar. **Herausgeber der dbb seitens:** Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion – Bund der Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors – Friedrichstr. 169/170, 10117 Berlin, 030.4081-40, Telefax 030.4081-5598. **Internet:** www.dbb.de. E-Mail: magazin@dbb.de. **Chefredaktion:** Dr. Walter Schmitz; **Redaktion:** Christine Bonath, Jan Brenner; **Redaktionssekretärin:** Sabrina Bruns. Redaktionsschluss am 10. jeden Monats. Namensbeiträge stellen in jedem Falle nur die Meinung des Verfassers dar. **Gestaltung:** Marian Neugebauer. **Fotos:** dpa, Fiegel, MEV. **Verlag:** dbb Verlag GmbH. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin, Telefon 030.7261917-0, Sparkasse Köln/Bonn, Konto 21 006 903. Commerzbank Berlin, Konto 0 733 998. **Versandort:** Düsseldorf. **Herstellung und Anzeigen:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, Internet www.vva.de, E-Mail info@vva.de. **Anzeigenleitung:** Ulrike Niggemann. **Anzeigenverkauf:** Panagiotis Chrissovergis, Tel. 0211.7357-841, **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, Telefon 0211.7357-563, Telefax 0211.7357-507. Anzeigentarif Nr. 49 (dbb magazin), gültig ab 1. 10. 2007. **Druckauflage** dbb magazin: 770.050 Exemplare (IVW 2/2007). **Vertrieb:** Tel. 0211.7357-155, Telefax 0211.7357-891. **Anzeigenschluss** 6 Wochen vor Erscheinung. Gedruckt auf Papier aus elementar-chlorfrei gebleichtem Zellstoff. **ISSN 0178-207X**

> DSTG

- > Bayern setzt auf Steuerentlastung 4
- > 15. Landesverbandstag DSTG-NRW 5
- > bfg rügt Staatsregierung: Ohne uns kein Staat – Die bayerische Finanzverwaltung 6
- > Gewerkschaftstag in Sachsen motivieren – mitmachen – mitgestalten Auf mehr Ausbildungsplätze müssen neue Planstellen folgen 7
- > Anhörungsmarathon im Bundestagsfinanzausschuss: DSTG bezweifelt Erfolg des Steuerpakets für Wachstum und Beschäftigung 8
- > Beiträge zur Krankenversicherung schon 2009 steuerlich berücksichtigen 12
- > Erhöhter Familienzuschlag muss zeitnah eingefordert werden 12
- > DSTG-Jugend: Diplom erhalten – Nein zum Bachelor/Master 13
- > BGH verschärft Strafen für Steuerhinterziehung 13
- > DSTG im Vorstand der VBL-Versorgungskasse vertreten 14
- > Einladung zum Rhein-Ruhr-Marathon in Duisburg 14
- > Zum Gedenken an Karl-Hermann Becker 16
- > Tauschcke 16

> dbb

- > Gewerkschaftspolitische Arbeitstagung 2009: Jubiläumsveranstaltung in Köln 17
- > Tarifstreit im Land Berlin beendet 17
- > Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst: Problem Nummer eins 18
- > Rettung der Krankenhäuser 18
- > Dienstrechtsneuordnungsgesetz 20
- > Flughäfen: Verhandlungen Bodenverkehrsdienste 22
- > Bundesverwaltungsgericht: dbb Auffassung bestätigt 22
- > Maßstab für die Länder 23
- > dbb Dienstleistungszentren: Alles, was Recht ist 24
- > Pflegeversicherung und europäische Integration: Keine Freizügigkeit in Sicht 26
- > 5. Qualitätskonferenz 26
- > Betriebliches Eingliederungsmanagement: Chance oder Risiko? 28
- > Gleichstellung: Landkarte zur Chancengleichheit 30
- > 50 Gewerkschaftspolitische Arbeitstagungen: Bühler Höher – Bad Kissingen – Köln 30
- > Rentenangleichung Ost an West: Nicht länger Rentner zweiter Klasse 38
- > Ein Quantum Teilhabe 39
- > dbb jugend feiert 18 Jahre Deutsche Einheit im dbb forum berlin 40
- > Oberstaatsanwalt Karlheinz Dalheimer 44
- > Mitgliedsgewerkschaften 45
- > Interview mit Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble 46

standes sind Kriterien, die dabei zu berücksichtigen sind. Die Wünsche und Forderungen der Kolleginnen und Kollegen an der Basis reichen an die 10 Prozent heran. Was immer wir auch beschließen und fordern werden, das Echo der Politik steht schon heute fest: Wir haben kein Geld! Die Forderung ist utopisch! Solche Wünsche sind vom anderen Stern! Derartige Floskeln kennen wir zur Genüge. Unbeeindruckt davon werden wir unsere Forderung finden. Es gilt nach wie vor, die Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes zu sichern und den eingetretenen Rück-

stand wenigstens teilweise abzubauen. Es wird erkennbar eine schwierige Tarifrunde werden. Auf Streik- und Protestmaßnahmen stellen wir uns ein und dabei müssen wir Geschlossenheit und Stärke zeigen.

Auch wenn formal für die Besoldung der Landesbeamten die Landesparlamente zuständig sind, wird das Ergebnis der Tarifrunde der Maßstab sein. In einigen Ländern haben die politischen Verantwortlichen schon heute erklärt, dass sie das Tarifiergebnis eins zu eins auf ihre Beamten übertragen wollen. Deshalb müssen wir in der Tarifrunde alle gemeinsam kämp-

fen. Nach dem gemeinsam erstrittenen Tarifiergebnis bleibt es den Landesgliederungen selbstverständlich unbenommen, im politischen Bereich für die jeweiligen Landesbeamten landesspezifische Regelungen umzusetzen. Ein solches Vorgehen ist auch deshalb geboten, weil die Arbeitszeiten und die Sonderzahlungen in den Ländern unterschiedlich sind. In diesen Fällen muss zusätzlicher Ausgleich geschaffen werden. Ziehen wir uns also warm an! Nicht nur wegen der bevorstehenden Wintermonate.

*Das Jahr 2008 geht zu Ende. Für mich ist der Jahreswechsel Anlass,*

*mich bei allen Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung, die Hilfe und für die gelebte Solidarität zu bedanken. Wir haben gewerkschaftlich ein gutes Jahr hinter uns und müssen uns gemeinsam anstrengen, dass das Jahr 2009 nicht schlechter wird. Für das bevorstehende Weihnachtsfest wünsche ich Ihnen Ruhe, Erholung, Entspannung, Freude und Glück! Für das neue Jahr 2009 Erfolg, Freude und Gesundheit.*

Mit kollegialen Grüßen

*Jhr  
Dieter Odracek*

## Bayern setzt auf Steuerentlastung

Zu einem Meinungsaustausch zu steuerpolitischen Themen kamen der Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen Franz Josef Pschierer und DSTG-Chef Dieter Odracek in München zusammen. Am Gespräch nahmen vonseiten des bayerischen Finanzministeriums Ministerialdirigent Hüllmantel und die Referenten Ministerialrat König (Automation), Ministerialrat Dr. Katke (Personal), der leitende Ministerialrat Freund (Steuerabteilung) sowie der Büroleiter des Staatssekretärs Rossmehl teil.

Einigkeit bestand bei den Gesprächsteilnehmern, dass die Bürger spürbar steuerlich entlastet werden müssten, um die durch die globale Finanzkrise hervorgerufene Konsumzurückhaltung und Verunsicherung aufzubrechen und nachhaltige Impulse für die Binnenkonjunk-

tur zu schaffen. Die bayerische Staatsregierung will Steuersenkungen zugunsten unterer und mittlerer Einkommen in drei Stufen durchsetzen. Als Schritte sind für das nächste Jahr die Wiedereinführung der Pendlerpauschale vom ersten Kilometer an und die Erhöhung des Grundfreibetrages auf 8 000 Euro sowie eine Anhebung des Grundfreibetrages für Kinder vorgesehen.

Der DSTG-Chef regte an, die Umsetzung bezüglich der Abzugsfähigkeit der Krankenversicherungsbeiträge unbürokratisch zu regeln und den Grundkrankenkassenbetrag in die steuerlichen Grundfreibeträge einzubauen.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation spezielle Konjunkturprogramme keine Erfolgversprechenden

Wirkungen entfalten können. Sinnvoller sei, öffentliche Projekte – beispielsweise im Straßenbau, Hochwasserschutz, im Bereich der Universitäten oder des kommunalen Bauwesens – vorzuziehen, um damit in der ersten Hälfte des neuen Jahres wirtschaftliche Impulse zu setzen.

Skeptisch zeigte sich der DSTG-Vorsitzende hinsichtlich des steuerlichen Maßnahmenpaketes zur Stärkung der Konjunktur. Zur Erbschaftsteuer zeigte Odracek die Position der DSTG auf, wonach systematisch und aus Gründen der Gerechtigkeit die Erbschaftsteuer erhoben werden müsse. Die neuen Regelungen sehe die DSTG mit Risiken behaftet, zudem ist die Umsetzung mit erheblichem Mehraufwand für die Steuerverwaltung verbunden.

Einig waren sich die Gesprächspartner, dass die Steuerverwaltung im Freistaat Bayern personell schwach gerüstet ist und dass Bayern hierbei im Bundesvergleich einen der letzten Plätze einnimmt. Staatssekretär Pschierer sicherte zu, dass im Rahmen des Doppelhaushaltes 2009/2010 zusätzliche Planstellen ausgewiesen werden. Finanzminister Fahrenschon und er werden sich im bayerischen Landtag um entsprechende Zustimmung bemühen. Staatssekretär Pschierer dankte den Beschäftigten der Steuerverwaltung für die gute Arbeitsleistung und gestand zu, dass an der über Plan liegenden Einnahmesituation des Freistaates die Beschäftigten mit ihrer guten Arbeit einen gewichtigen Anteil hätten. ■

# 15. Landesverbandstag DSTG-NRW

Am 26. November 2008 fand in Dortmund der 15. Landesverbandstag der DSTG Nordrhein-Westfalen statt. Beim Gewerkschaftstag, der das höchste Gremium der DSTG auf Landesebene ist, diskutieren alle vier Jahre die ca. 230 Delegierten und Gastdelegierten aus den 144 Ortsverbänden des Landes über die Zukunft der Gewerkschaftsarbeit und wählen den Landesvorsitzenden.

Als neuer Vorsitzender der DSTG Nordrhein-Westfalen wurde Manfred Lehmann gewählt, der bisher schon für den DSTG-Bezirksverband Köln der Landesleitung angehörte. Der bisherige Vorsitzende, Hans-Werner Kaldenhoff, wurde von den Delegierten mit Dank für seine Arbeit und anhaltendem Applaus verabschiedet.

Bei den Anträgen herrschte Einigkeit. Im Mittelpunkt standen Themen rund um eine deutlich verbesserte Besoldung und Vergütung, eine optimierte Stellenstruktur und leistungsgerechte Beförderungsbedingungen. Aber auch soziale Themen, die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und die IT-Ausstattung in den Ämtern gehörten zu den Themen, mit denen sich die Delegierten zu befassen hatten.

Am Nachmittag fand die öffentliche Veranstaltung statt, zu der sich weitere 120 Gäste aus der Politik, dem Ministerium, den Ämtern und weiteren Behörden wie auch von den befreundeten Gewerkschaften eingefunden hatten.

Zu Beginn seiner Rede erläuterte Lehmann das Motto des 15. Landesverbandstages der DSTG in Nordrhein-Westfalen „Starke Finanzverwaltung – für die Bürger, für das Land“. Damit machte die DSTG klar, dass die Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung kein Selbstzweck sei, sondern unmittelbar den Bürgern und den

Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen diene. Als einzige Einnahmeverwaltung des Landes mache sie durch die erzielten Einnahmen politisches Handeln erst möglich. Leider habe sich diese besondere Position in der Vergangenheit nicht in einer politischen Wertschätzung ausgedrückt. Vielmehr seien die vergangenen Jahre offenkundig von dem Eindruck geprägt, insbesondere die Finanzverwaltung sei geeignet, personelle Sparziele des Landes verwirklichen zu können.

Lehmann machte deutlich, dass nach fünf Jahren mit Reallohnverlusten die kommende Tarif- und Besoldungsrunde deutlich mehr Geld für die Beschäftigten bringen muss. In einer Entschließung zu diesem Thema forderte die DSTG in Nordrhein-Westfalen einen Sockelbetrag von 100 Euro und eine lineare Steigerung von acht Prozent. Nur so könnten die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zumindest in 2009 wieder an der allgemeinen Einkommensentwicklung teilnehmen. Einen besonderen Teil seiner Rede widmete der neue Landesvorsitzende der Beförderungssituation. Dabei gelte es sicherzustellen, dass die durch die Nachschlüsselung entstandenen Beförderungsmöglichkeiten auch tatsächlich zum 1. Januar 2009 umgesetzt werden. Derzeit sei fraglich, welche Konsequenzen sich aus den Verzögerungen bei der Verabschiedung des Landeshaushaltes 2009 ergeben. „Die Beschäftigten dürfen mit ihren wirtschaftlichen Interessen nicht das Bauernopfer sein, wenn das parlamentarische Verfahren zur Haushaltsaufstellung nicht rechtzeitig abgeschlossen werden kann“, so Lehmann in seiner Rede. Besonders betonte er auch die desolate Lage bei den Beförderungen im mittleren Dienst. „Die angekündigte Hilfestellung des Landtages muss jetzt schnellstmöglich mit Leben gefüllt werden.“

Scharf kritisierte Lehmann die Verschlechterung des Landespersonalvertretungsgesetzes. Die Personalvertreter fänden immer weniger Zeit für die Beratungsgespräche, für die Teilnah-

men und Beamten. Mit durchaus unterschiedlichen Zwischentönen gestanden die Parteien zu, dass die Last des Sparens in den letzten Jahren überwiegend beim öffentlichen Dienst gele-



Der bisherige Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen Hans-Werner Kaldenhoff (li.) und sein Nachfolger im Amt Manfred Lehmann.

me an Arbeitsgruppen und den regionalen Erfahrungsaustausch. Mit dieser unverständlichen Gesetzesänderung habe die Landesregierung der Funktionsfähigkeit der Finanzverwaltung geschadet. Das Miteinander in den Ämtern, das auch von der gleichen Augenhöhe zwischen der Personalvertretung und der Behördenleitung gelebt habe, sei in Gefahr gebracht worden. Wenn Nordrhein-Westfalen ein soziales, mitbestimmungsfreundliches Land sein wolle, gehe dies nur mit einer Änderung des LPVGs. Dann müsse es aber eine echte Modernisierung sein und kein Aufguss eines mehr als 30 Jahre alten Bundesgesetzes.

In den nachfolgenden Reden machten sowohl Staatssekretärin Marienfeld, die den verhinderten Finanzminister vertrat, als auch die Vertreter der Landtagsfraktionen deutlich, dass es allen Beteiligten ernst sei mit der Zusage zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung des noch auszuhandelnden Tarifabschlusses 2009 auf die Beamtin-

gen habe. Aus diesem Grund müssten nun deutliche Verbesserungen her, für die auch im Landeshaushalt 2009 Vorsorge getragen sei. Und auch beim Termin der Beförderungen wurde Unterstützung signalisiert, um unabhängig vom Termin der Haushaltsverabschiedung eine Aushändigung der Urkunden zum 2. Januar 2009 zu ermöglichen.

Zum Stand der Föderalismuskommission II äußerte Marienfeld, dass die Bundessteuerverwaltung „vom Tisch“ sei. Zwischen Bund und Ländern solle aber die Zusammenarbeit verbessert werden, insbesondere bei der Betriebsprüfung. Hinsichtlich der Vereinfachung des Steuerrechts habe man in einer Arbeitsgruppe 27 Problembereiche identifiziert, die man der FMK präsentiere, berichtete Marienfeld. In diese Diskussion werde selbstverständlich auch die DSTG eingebunden.

In der abschließenden Rede übernahm es der Bundesvorsitzende Dieter Ondracek, unter

Bezugnahme auf die Ausführungen von Staatssekretärin Marienfeld die aktuelle Situation in der Steuergesetzgebung zu beleuchten. Zur Bundessteuerverwaltung erläuterte er, dass die Bundessteuerverwaltung wegen der ungleichen Erhebung der Steuern in den Bundesländern angestoßen worden sei. In einem Rückblick zur Föderalismuskommission I sagte Ondracek im Hinblick auf die Änderungen der Kompetenz beim Beamtenrecht, insbesondere der Besoldung, dass die Länder den Wettbewerb im öffentlichen Dienst wollten. Bis 1972 habe es bereits die Situation des Wettbewerbs gegeben. Als der Wettbewerb den Ländern unangenehm wurde, sei der Ruf nach dem Bund ertönt und habe zu der bundeseinheitlichen Besoldung geführt.

Seinerzeit sei die DSTG mit der Situation des Wettbewerbs gut gefahren und er sei deshalb auch jetzt zuversichtlich. Im Hinblick auf Leistungselemente bei der Besoldung äußerte er, dass es provisionsabhängige Steuerbeamte mit der DSTG nicht geben werde, die negativen Auswirkungen eines solchen Systems habe man in der Banklandschaft gesehen.

Da die Landesregierung Nordrhein-Westfalen sich seit längerem eine deutliche Vereinfachung des Steuerrechts zum Ziel gesetzt hat, wurden die diesbezüglichen Ausführungen des DSTG-Bundesvorsitzenden mit Spannung erwartet. Ondracek zeigte am Beispiel des neuen Erbschaftsteuergesetzes auf, welche unsinnigen Konsequenzen sich dabei für die Steuerver-



waltung ergeben können. Dies gelte insbesondere für die in diesem Gesetz vorgesehene zehnjährige Überwachungsfrist bei Unternehmensübergängen oder das Vererben einer selbst genutzten Villa. Wie Extrawünsche ein Gesetz verkomplizieren können, erläuterte Ondracek an dem Beispiel haushaltsnaher Dienstleistungen. So werde von der entsprechenden Lobby für Pflegeleistungen ein Qualitätssiegel gefordert. Die Steuerver-

waltung solle also die Ausbildungsvoraussetzungen von Pflegekräften bei der Steuerveranlagung prüfen. Oftmals werde solcher Unfug auch vom Bundesrat mit abgesegnet, sodass die Länder sich die Hände nicht in Unschuld waschen können. Zu dem von Staatssekretärin Marienfeld geforderten Administrierbarkeits-„TÜV“ für Steuergesetze bemerkte er abschließend, dass es diesen bereits in Gestalt der DSTG gebe. ■

bfg rügt Staatsregierung: Bayern bei Personalausstattung auf den hinteren Plätzen

## Ohne uns kein Staat – Die bayerische Finanzverwaltung

**Am 10. und 11. November wurde in Ingolstadt der 20. Delegiertentag der Bayerischen Finanzgewerkschaft unter dem Motto „Ohne uns kein Staat – Die Bayerische Finanzverwaltung“ abgehalten.**

Die rund 300 Delegierten aus allen bfg-Ortsverbänden Bayerns wählten nicht nur ihre Vorstandsgremien neu, sondern legten mit den Beschlüssen zu über 500 Anträgen auch die inhaltliche Richtung der nächsten fünf Jahre Gewerkschaftsarbeit fest. Höhepunkt der Tagung war zweifellos die öffentliche Veranstaltung, zu der Landesvorsitzender Josef Bugiel zahlreiche Ehrengäste aus Politik, Verwaltung und Gewerkschaft begrüßen konnte, darunter auch Finanzminister Georg Fahrenschoen.

Bei den Wahlen zur Landesleitung gab es keine Überraschungen, dafür jeweils sehr gute Ergebnisse. Josef Bugiel wurde mit über 94 Prozent der Stimmen erneut zum Landesvorsitzenden der bfg gewählt. Seine bisherigen Stellvertreter Johanna Markl, Thomas Wagner, Nicole Kittlaus und Schatzmeister Gerhard Wipijewski fanden ebenfalls das Vertrauen der Delegierten. Die Landesleitung komplettieren Helene Wildfeuer (Nordbayern) und Matthias Bauregger (Südbayern), die im Rahmen der ebenfalls abgehaltenen Bezirksverbandstage mit jeweils über 98 Prozent der Stimmen in ihren Ämtern als Bezirksvorsitzende bestätigt wurden. Michael Alt nimmt auch in Zukunft die Aufgaben des Justizars wahr.

Auf der öffentlichen Veranstaltung stellte Josef Bugiel einleitend fest, dass der Organisationsgrad und die Ergebnisse bei den Personalratswahlen der bfg das Mandat erteilen, sich in der politischen Diskussion zu Wort zu melden und ihre Forderungen anzubringen. Der Landesvorsitzende nahm die Gelegenheit wahr und bedauerte, dass in der Koalitionsvereinbarung von CSU und FDP zwar neue Stellen für Lehrer und Polizei angekündigt seien, man aber kein Wort darüber finde, wie die Steuerverwaltung künftig in die Lage versetzt werden solle, die dafür notwendigen Steuern zu erheben. Anhand vieler Zahlen wies Bugiel vor allem Finanzminister Fahrenschoen nach, wo sich Bayern im Ranking der Bundesländer einzuordnen habe, wenn es um die

Personalausstattung der Finanzämter gehe – nämlich auf den hinteren Plätzen. Mehr Personal müsse eingestellt werden; mindestens 1.000 zusätzliche Stellen seien erforderlich, so die Forderung der bfg. Im weiteren Verlauf ließ er kein Thema aus. Ob es die Dienstrechtsreform, der Beförderungsstau, die Wiederbesetzungssperre, die Arbeitszeit oder die Besoldungsrunde war, alle Problembereiche wurden mit deutlichen Worten angesprochen. Abschließend stellte er fest „Es kann nicht angehen, dass der von der Politik sich selbst auferlegte Zwang zum Sparen einseitig auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen wird.“ Die Anwesenden stimmten mit viel Applaus zu.

Der neue Finanzminister Georg Fahrenschock zog sich im Laufe seiner Ansprache eher den Unmut der Delegierten zu. Er startete mit dem Angebot einer Zusammenarbeit, das die bfg sicherlich gerne annehmen wird. Anschließend erläuterte er in aller Breite die Risiken und Konsequenzen der Finanzkrise und wollte die Delegierten damit offensichtlich darauf vorbereiten, welche Konsequenzen dies seiner Meinung nach haben werde.

Dienst in Bayern in der Vergangenheit schon öfter mal zum Kostenfaktor reduziert wurde. Trotzdem stellte Fahrenschock fest: „Die Leistungsfähigkeit und Belastbarkeit der Steuerverwaltung ist an ihren Grenzen angelangt.“ Die Erhöhung der Einstellungszahlen in 2008 solle deshalb keine einmalige Sache gewesen sein. Auch Stellenmehrungen und -hebungen im nächsten Doppelhaushalt würden erfolgen. Die Delegierten nahmen die Ankündigung



Matthias Bauregger, Josef Bugiel, Finanzminister Georg Fahrenschock und Helene Wildfeuer (v. l.)

Die „Generationengerechtigkeit“ erfordere weiter einen „ausgeglichenen Haushalt“ – zwei Schlagworte in deren Zusammenhang der öffentliche

erfreut zur Kenntnis, auch wenn der Minister noch keine Zahlen nannte. Weniger erfreut wurde die klare Absage des Ministers an eine Rückführung der 42-Stun-

denwoche aufgenommen. Aufgrund einiger eher unsensibler Aussagen zu diesem Thema erntete der Minister Pfiffe statt des erhofften Verständnisses für das Handeln der Staatsregierung. Die im Anschluss zwar noch nachgereichten kleineren Zugeständnisse hinsichtlich Dienstrechtsreform etc. konnten die leider gekippte Stimmung aber nicht mehr retten.

DSTG-Bundesvorsitzender Dieter Ondracek zeigte sich in seinem Grußwort enttäuscht darüber, dass in der Koalitionsvereinbarung von CSU und FDP, zwar der Bereich Steuerrecht abgehandelt werde, aber die dazugehörige tatkräftige Steuerverwaltung mit keinem Wort erwähnt sei. Wie tatkräftig diese Steuerverwaltung

sei, sehe man daran, dass sie im Bundesvergleich die besten Arbeitsergebnisse brächte – obwohl sie personell am schlechtesten gehalten werde. Aus diesem Grund wollen die Beschäftigten nicht länger auf ihre gerechte Entlohnung und Beförderung für ihre guten Leistungen warten. Ondracek streifte noch weitere Themen, wie z. B. die Bestrafung bei Steuerhinterziehung, die Vereinfachung des Steuerrechts oder die Erbschaftsteuerreform. Weitere Grußworte sprachen die Vertreter der fünf Landtagsfraktionen.

Insgesamt war der Delegiertentag der Bayerischen Finanzgewerkschaft eine gelungene Veranstaltung, die wieder einmal zeigte, wie wichtig gewerkschaftliches Engagement ist. ■

## Gewerkschaftstag in Sachsen

# motivieren – mitmachen – mitgestalten

## Auf mehr Ausbildungsplätze müssen neue Planstellen folgen

Unter diesem Motto stand der V. Gewerkschaftstag des Landesverbandes Sachsen am 21./22. November 2008 in Zwickau.

Der neugewählte Landesvorsitzende Reinhold Mähne setzte sich in seiner Rede im Rahmen der öffentlichen Veranstaltung mit dem Personalabbau in Sachsen auseinander. Innerhalb der letzten vier Jahre ging der Personalbestand um über sechs Prozent zurück, ein adäquater Aufgabenabbau stand dem aber nicht gegenüber. Dies bedeutet für die Kolleginnen und Kolle-

gen weitere Aufgabenverdichtung und ein mehr an Arbeitsbelastung. Dass Politiker zwar Steuervereinfachung versprechen, aber tatsächlich für eine sich ständig ändernde und kompliziertere Steuergesetzgebung sorgen, schafft Probleme in der täglichen Praxis, sagte der Landesvorsitzende. Die Belastungen erhöhten sich noch weiter im Jahr 2009, wenn die Mitteilungen der Rentenversicherungsträger vorliegen und auf ihre steuerliche Relevanz geprüft werden müssen, hielt er den erschienenen Abgeord-

neten des Sächsischen Landtages eindringlich vor.

Sehr positiv nahmen die Delegierten die Ankündigung von Abteilungsleiter Norbert Görlich (Sächsisches Staatsministerium der Finanzen) auf, dass die Zahl der Ausbildungsstellen im gehobenen Dienst beibehalten und im mittleren Dienst ab dem Jahr 2009 um 20 auf 40 Stellen aufgestockt werden soll. Dass diese Absicht gleichzeitig die Planung entsprechender Übernahmestellen im Haushalt nach sich ziehen

muss, ist eine entschiedene Forderung des Gewerkschaftstages, die sich nicht nur an die Verwaltung, sondern auch an die anwesenden Landtagsabgeordneten richtet. Der Landesvorsitzende sprach das Problem an, dass die Verwaltung mit der freien Wirtschaft in immer stärkere Konkurrenz im Kampf um die besten jungen Leute treten muss. Die Politiker hätten die Aufgabe die Zukunft in der Verwaltung attraktiver zu gestalten. Wer die Besten will, muss das Beste bezahlen –

diese Forderung wurde von allen Delegierten unterstützt.

Vor dem Hintergrund der aktuellen Probleme in der Finanz- und Wirtschaftswelt vertrat Kollege Mähne noch einmal sehr entschieden die Position der DSTG für eine angemessene Personalausstattung zu sorgen. Wer jetzt nicht die Einnahmen des Staates durch eine ausreichende Personalausstattung sichert, beraubt ihn angesichts der knapper werdenden Mittel seiner Gestaltungsmöglichkeiten und gefährdet die Aufgabenerfüllung des Staates, lautete seine Botschaft, die er an die Vertreter von Politik und Verwaltung richtete.

Die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen auf hohem Niveau bedingen eine entsprechende Ho-

norierung. Der Gewerkschaftstag erwartet darauf eine befriedigende Antwort in der Tarif- und Besoldungsrunde 2009.

Die Forderung nach einer Lohnerhöhung weit oberhalb der Inflationsrate fand die Zustimmung aller Delegierten. Umso verständlicher ist, dass nach der vorliegenden Novellierung der Stellenobergrenzenverordnung in Sachsen weiterhin nur 90 Prozent der möglichen höherwertigen Planstellen für eine Beförderung ausgewiesen werden sollen. Motivation sieht anders aus, sagte der Landesvorsitzende. Eine Sanierung des Sächsischen Haushaltes zu Lasten der Beschäftigten lehnten die Delegierten kategorisch ab. Über leistungsorientierte Bezahlung sollte nach Meinung



> Ehrenvorsitzender Joachim Rothe, Abteilungsleiter Norbert Görlich, Reinhold Mähne, Friedemar Schmidt, Veronika Wildt, Dieter Ondracek, Marina Sämisch, Cornelius Dietze und Oberfinanzpräsident Klaus Staschik (v. l.).

der DSTG nicht geredet werden, wenn die grundlegende Form der Anerkennung von Leistung, nämlich die Beförderung, nicht umfassend genutzt werde.

Breiten Raum seiner Rede nahm das aktuelle Thema „Wegstreckenentschädigung“ ein. Dieser unmittelbare Griff in die Taschen der Kolleginnen und Kollegen wurde von allen scharf zurückgewiesen. Die Empfehlung an die Landtagsabgeordneten, beim aktuellen Entwurf des Reisekostengesetzes daran zu denken, dass die Beschäftigten der Finanzverwaltung auch Bürger sind, die 2009 zur Landtagswahl gehen sollen, wurde von allen Delegierten geteilt. Der Hinweis des Vertreters des Finanzministeriums in seiner Rede, durch den Gesetzentwurf komme es zu einer Verwaltungsvereinfachung, stieß bei den Delegierten auf Unverständnis.

Der Bundesvorsitzende der DSTG Dieter Ondracek betonte zum Auftakt seiner Rede, er könne in Anbetracht der vielen Probleme, vor denen die Beschäftigten der

Finanzverwaltung täglich stehen, nur auf einige eingehen. Er richtete seinen Fokus auf die aktuellen Probleme in der Finanz- und Wirtschaftswelt und die Lichtenstein-Affäre. Am Beispiel Pendlerpauschale und Wegstreckenentschädigung zeigte Ondracek auf, wie schnell Politik Glaubwürdigkeit verspielt.

Im Mittelpunkt des Gewerkschaftstages standen neben der Wahl des neuen Landesvorstandes der Geschäftsbericht, Satzungsänderungen sowie Beschlussfassungen zu aktuellen Themen der Gewerkschaftsarbeit.

Die Delegierten des Gewerkschaftstages wählten mit deutlicher Mehrheit Reinhold Mähne zum neuen Landesvorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden die Kolleginnen Veronika Wildt und Marina Sämisch sowie die Kollegen Cornelius Dietze und Friedemar Schmidt gewählt. Dem neuen Vorstand gehören als Beisitzer die Kolleginnen Ulla Arnold und Birgit Kämpfer sowie die Kollegen Steffen Eckert, Peter Kutschera und Albrecht Schilde an. ■



> Der neue Vorstand des Landesverbandes Sachsen

## Anhörungs-marathon im Bundestagsfinanzausschuss

# DSTG bezweifelt Erfolg des Steuerpakets für Wachstum und Beschäftigung

Zum Jahresende läuft die Steuergesetzgebungsmaschinerie im Parlament auf Hochtouren. Der Finanzausschuss des Bundestages setzte vor den Schlussabstimmungen im Plenum Expertenanhörungen zum Entwurf eines Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes, zum Familienleistungsgesetz sowie zur Um-

setzung steuerrechtlicher Regelung des Maßnahmenpakets „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ auf seine Tagesordnung, zu denen die DSTG geladen war.

Durch das Gesetz zur Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung sollen Arbeitnehmer einen fairen Anteil am Erfolg von Unternehmen er-

halten, für die sie ihre Arbeitskraft einsetzen.

### > Gesetzesvorstoß greift zu kurz

Ebenso wie die DSTG, die in der Anhörung am 5. November 2008 vom Bundesvorsitzenden Dieter Ondracek vertreten wurde, kritisierte ein

Großteil der Sachverständigen das Gesetzesvorhaben der Bundesregierung, weil mit dieser Regelung eine bessere Beteiligung der Mitarbeiter am Kapital ihrer Unternehmen kaum oder überhaupt nicht erreicht werden könne. Die Bundesregierung will unter anderem mit der steuerrechtlichen Neu-

regelung die Gründung von Fonds ermöglichen, in die Arbeitnehmer steuerfrei Leistungen des Arbeitgebers einbringen. Für die Einzahlungen soll zudem um eine im Vergleich zur anderen Anlageformen erhöhte Sparzulage gewährt werden. Im Gegenzug soll der Fonds 75 Prozent seiner Mittel in die Unternehmen investieren, deren Arbeitnehmer in den betreffenden Fonds einzahlen.

Ondracek argumentierte, lediglich ein relativ kleiner Personenkreis werde von den Ansparmodellen profitieren. Während bei Kapitalgesellschaften Anteilswerte leicht zu ermitteln seien, sei dies bei klein- und mittelständischen Personenunternehmen, in denen ein Großteil der Arbeitnehmerschaft tätig ist, äußerst arbeitsaufwändig. Die geplanten Beteiligungsfonds hätten zwar den Vorteil einer breiten Streuung und dadurch einer Risikominderung, weil sich die Kapitalbeteiligung nicht nur auf das eigene Unternehmen konzentrierte. Jedoch wird nach Einschätzung der DSTG auch bei dieser Anlageform der Zugang zur Kapitalbeteiligung und damit zum Kreis derer, die in den Genuss der staatlichen Förderung kommen, gering sein.

Ondracek wies darauf hin, eine Förderung über das Steuerrecht sei für Arbeitnehmerbeteiligungen nicht das richtige Instrument, zumal wichtige Beschäftigungsbereiche, wie der öffentliche Dienst, von den steuerlichen Unterstützungen ausgeschlossen seien.

### ► Familien finanziell besser stellen

Am 24. November 2008 stellte der Finanzausschuss des Deutschen Bundestages den Gesetzentwurf zum Familienleistungsgesetz auf den Prüfstand der Experten, der auf die Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen abzielt. Das Familienleistungsgesetz sieht unter anderem eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind um jeweils zehn Euro auf 164 Euro vor, für das dritte sowie jedes weitere Kind sollen Eltern jeweils 16 Euro mehr erhalten. Der Kinderfreibetrag soll

nach den Plänen der Bundesregierung um 192 Euro auf 3 840 Euro angehoben werden. Außerdem sollen Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen künftig verstärkt von der Steuer abgesetzt werden können.

Für Schüler, deren Eltern Arbeitslosengeld II erhalten, ist ein Schulgeld von 100 Euro vorgesehen, das zur Anschaffung von Schulmaterial dienen und zum Schulbeginn ausbezahlt werden soll. Die DSTG setzt sich vor dem Hintergrund spürbar steigender Lebenshaltungskosten seit längerem für die Verbesserung der finanziellen Rahmenbedingungen von Familien ein.

Nach Ansicht der DSTG greift der vorliegende Gesetzentwurf zu kurz. Das Kindergeld sei vielmehr so zu bemessen, dass über das Existenzminimum der Kinder hinaus die nötigen Kosten für Kinderbetreuung und -erziehung abgegolten werden. Erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten sollten in nachgewiesener Höhe als Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben voll steuerlich anerkannt werden.

DSTG-Chef Ondracek hob in der Anhörung hervor, dass mit der Neuregelung die an mehreren Stellen des Einkommensteuergesetzes geregelte steuerliche Berücksichtigung von Kinderbetreuungskosten zusammengefasst und damit ein Beitrag zur Steuervereinfachung geleistet werde. Jedoch lasse der Gesetzgeber die Chance aus, erwerbsbedingte Kinderbetreuungskosten nicht nur „wie“ Betriebsausgaben bzw. Werbungskosten steuerlich zu berücksichtigen, sondern systemgerecht den Werbungskosten bzw. Betriebsausgaben direkt zuzuordnen und damit einen Bruch des Einkommensteuerrechts zu beseitigen. Die Notwendigkeit der Abziehbarkeit erwerbsbedingter Betreuungskosten ergebe sich direkt aus dem Werbungskostenbegriff. Es handele sich bei erwerbsbedingten Betreuungskosten um direkte Aufwendungen, die zum Zweck der Erwerbung, Sicherung und Erhaltung von Einnahmen getätigt werden. Ondracek wies darauf hin, dass es sich bei der steuerlichen Berücksichtigung erwerbsbedingter Kin-

derbetreuungskosten nicht um eine familienpolitische Subventionierung, sondern um eine steuersystematisch richtige Einordnung handele. Weder die Begrenzung der Anerkennung der Kosten auf zwei Drittel der Aufwendungen noch die Deckelung der Kosten auf höchstens 4 000 Euro je Kind seien deshalb gerechtfertigt. Der DSTG-Chef erinnerte an ein Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht, in dem die steuerrechtliche Behandlung erwerbsbedingter Kinderbetreuungskosten geklärt wird.

Mit den Novellierungen in § 35 a EStG sollen die verschiedenen Abzugs- und Ermäßigungsregelungen vom privaten Haushalts- bis hin zum Pflege- und Betreuungsbereich zusammengefasst und vereinheitlicht werden.

Ondracek hob in der Anhörung hervor, dass mit der Vereinheitlichung der Fördersätze auf 20 % und weiteren Vereinfachungen ein wirksamer Beitrag zur Vereinfachung des Steuerrechts und damit zur Arbeitsentlastung der Steuerverwaltung verbunden sei.

Praxiserfahrungen hätten zudem gezeigt, dass mit der Neuregelung vor zwei Jahren der steuerliche Abzug von Handwerksleistungen spürbar zugenommen habe. Unabhängig von möglichen konjunkturellen Impulsen wirke sich die Erweiterung der Norm um Handwerker- und Betreuungsleistungen zumindest positiv auf die Bekämpfung von Schwarzarbeit aus.

Für einen gleichmäßigen Steuervollzug sei es jedoch unabdingbar, dass die Nachweispflicht der Steuerpflichtigen für Rechnung und Kontenbeleg auf Nachfrage der Steuerverwaltung erhalten bleibt.

### ► Maßnahmenpaket für Beschäftigung unzureichend

Am 27. November 2008 stand im Finanzausschuss des Bundestages der Gesetzentwurf zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelung des Maßnahmenpakets Beschäftigung durch Wachstumsstärkung im Fokus der steuerlichen Experten.

Mit dem Gesetzentwurf soll in steuerrechtlicher Hinsicht das von der Bundesregierung am 5. November beschlossene Maßnahmenpaket zur Sicherung der inländischen Wirtschaft umgesetzt werden. Es sieht zeitlich befristete steuerliche Novellierungen vor, mit denen die Folgen der weltweiten Konjunkturabschwächung und der globalen Finanzkrise in Deutschland abgeschwächt werden sollen. Die Bundesregierung plant, zeitlich befristet für zwei Jahre die degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter in Höhe von 25 Prozent zum 1. Januar 2009 einzuführen. Die Absetzbarkeit von Handwerksleistungen wird ausgeweitet und der Steuerbonus auf 20 Prozent von 6 000 Euro zum Jahreswechsel verdoppelt. Geplant ist ferner die Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu erweitern. Für Fahrzeuge mit Erstzulassung ab dem 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 soll eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt werden, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO<sub>2</sub>-Basis aufzulösen.

DSTG-Chef Ondracek zeigte sich in der Anhörung skeptisch, ob die geplanten Maßnahmen wegen der steuerlichen Mindereinnahmen geeignet seien, spürbare und beschäftigungssichernde wirtschaftliche Impulse zu setzen. Vor allem müsse bezweifelt werden, ob dadurch der private Konsum angeregt werde.

Die zeitlich befristete Erweiterung der Abschreibungsmöglichkeiten verkompliziert nach Ansicht von Ondracek das Steuerrecht unnötig und setze nur geringe Investitionsanreize für die Wirtschaft. Der DSTG-Chef wies darauf hin, dass die Legislative bereits mit dem Gesetz zur steuerlichen Förderung von Wachstum und Beschäftigung eine degressive AfA zeitlich befristet vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2007 zugelassen habe. Auch damals sei das Ziel verfolgt worden, Investitionsanreize zu schaffen und für ein beschleunigtes Wirtschaftswachstum zu sorgen.

Mit dem Unternehmenssteuerreformgesetz 2008 sei die Möglichkeit der Inanspruchnahme der degressiven AfA zum 1. Januar dieses Jahres wieder abgeschafft worden. Begründet hat dies der Gesetzgeber damit, der Wegfall der degressiven AfA passe in die weltweit vorherrschende Tendenz, steuerliche Ausnahmen abzuschaffen und stattdessen die Steuersätze zu senken.

► **Degressive AfA ist ein Fremdkörper im Steuerrecht**

Ondracek hob hervor, dass sich die Wirkung der degressiven AfA vor allem über die zeitliche Verschiebung der Steuerzahlung ergebe. Der Effekt sei somit vom Zinssatz abhängig und dieser sei zum jetzigen Zeitpunkt niedrig. Zwar hätten die Unternehmen aufgrund der Bankenkrisen zurzeit Schwierigkeiten Finanzquellen zu erschließen. Mittelfristig sollte jedoch der Schutzschirm der Bundesregierung für den Bankensektor seinen Beitrag dazu leisten, die Zurückhaltung der Banken bei der Kreditvergabe aufzubrechen, damit diese der Wirtschaft wieder zinsgünstige Gelder zur Verfügung stellen könnten.

Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass arbeitsintensive Branchen – wie der Dienstleistungssektor – kaum von der degressiven AfA profitieren. Gerade die letzten Jahre hätten gezeigt, dass sich der Dienstleistungssektor als Motor zur Schaffung neuer Arbeitsplätze entwickelt.

Die DSTG plädiert deshalb als Alternative zur Wiedereinführung einer degressiven AfA stattdessen insgesamt die Abschreibungszeiträume zu verkürzen. Eine solche Regelung hätte vor allem den Vorteil, dass Investitionsanreize auch für kurzlebige Wirtschaftsgüter geschaffen werden können.

Der DSTG-Chef äußerte sich auf Nachfrage von Abgeordneten kritisch zu der Verdoppelung des Höchstbetrags auf 1200 Euro bei der steuerlichen Geltendmachung von Handwerkerleistungen. Nach Ansicht der DSTG richte sich die Inanspruchnahme von Handwerker-

leistungen primär nach deren Bedarf und Nachfrage und nicht nach der Möglichkeit einer steuerlichen Absetzbarkeit bestimmter Einzelleistungen. Bei der Erweiterung des § 35 a EStG handele es sich vielmehr um einen weiteren Schritt auf dem steuerpolitischen Weg, über das Steuerrecht lenkend in das Wirtschaftsleben einzugreifen, um damit Steuerpflichtige mit Anreizen anzuregen, ein staatlich gewünschtes Verhalten zu praktizieren. Dieser Weg sei in zahlreichen anderen Bereichen bereits fehlgeschlagen.

► **Erlass der Kfz-Steuer führt zu Mitnahmeeffekten**

Die DSTG lehnt den auf ein Jahr befristeten Erlass der Kfz-Steuer für den Erwerb von Neufahrzeugen ab. Ondracek argumentierte, das kurzzeitige Aussetzen der Kfz-Steuer beim Pkw-Neuerwerb führe vor allem zu Mitnahmeeffekten. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass nicht zuletzt wegen der in der Öffentlichkeit vermittelten Unterstützungsfunktion für eine Wirtschaftsbranche weitere Unternehmensbereiche auf den Plan gerufen werden, um ähnliche steuerliche Vergünstigungen und Subventionen zu fordern. Unter dem Gesichtspunkt der klimapolitischen Diskussion sei bedenklich, Steuergeschenke an Kfz-Käufer zu verteilen, weil die hubraumabhängige Besteuerung vor allem den Kauf größerer Fahrzeuge begünstige, die vielfach einen höheren Kraftstoffverbrauch und damit Schadstoffausstoß erzeugen. Ondracek bezweifelte, dass wegen der politischen Diskussion zur Reform der Kfz-Steuer hin zur Verknüpfung der Steuerbelastung an den CO<sub>2</sub>-Ausstoß kurz- und mittelfristig Kfz-Käufe im nennenswerten Umfang getätigt werden.

Die DSTG plädiert deshalb dafür, schnellstmöglich Lösungen für eine Reform der Kfz-Besteuerung zu erarbeiten, die den Schadstoffausstoß adäquat belastet, um damit die gesteckten klimapolitischen Ziele zu erreichen und die dahingehende Verunsicherung und Konsumzurückhaltung des Verbrauchers zu beseitigen. ■

Beamtendarlehen ab

0,99%

**gibts bei uns nicht!  
Dafür aber die  
besten Konditionen  
für Beamte und  
Tarifbeschäftigte im  
öffentlichen Dienst!**

Alles spricht für ein Beamtendarlehen über das dbb vorsorgewerk:

- ✓ Freier Verwendungszweck: z. B. für die Umschuldung bisheriger Kredite, Ausgleichen von Rechnungen oder Investitionskredit für größere Anschaffungen
- ✓ Darlehen von EUR 10.000 bis EUR 80.000
- ✓ Flexible Laufzeiten: 12, 15 oder 20 Jahre
- ✓ Festzinsgarantie
- ✓ Höchsteintrittsalter 58 Jahre
- ✓ 100% anonym (keine Datenweitergabe an Unberechtigte)
- ✓ 100% Vertrauensgarantie
- ✓ Garantierte Bestkonditionen\*

\* Erhalten Sie bei einem anderen Anbieter eine nachweislich günstigere monatliche Rate für ein Beamtendarlehen – bei gleicher Laufzeit – als bei uns, schenken wir Ihnen einen EUR 100 Tankgutschein!

**Jetzt anrufen: 030/ 40 81 64 25  
und unverbindliches Angebot abfordern!**

dbb vorsorgewerk GmbH  
Friedrichstraße 165  
10117 Berlin



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

Tel.: 030/40 81 64 25  
Fax: 030/40 81 64 99

beamtendarlehen@dbb.de  
www.dbb-vorsorgewerk.de

# Beiträge zur Krankenversicherung schon 2009 steuerlich berücksichtigen

Auf der Basis des Bundesverfassungsgerichtsurteils vom 13. Februar 2008 zur steuerlichen Berücksichtigung von Krankenversicherungs- und Pflegebeiträgen plant die Bundesregierung, die steuerliche Berücksichtigung von Vorsorgeaufwendungen mit einem reinen Sonderausgabenabzug für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge umzugestalten. Die mit dem Alterseinkünftegesetz eingeführten Höchstabzugsbeträge von 1500 Euro für Ledige bzw. 3000 für verheiratete abhängig Beschäftigte und 2400 bzw. 4800 Euro für Steuerpflichtige, die keinen Zuschuss für ihre Krankenversicherungsvorsorge erhalten, sollen aufgrund der Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts angehoben werden. Das Bundesverfassungsgericht hatte seinerzeit entschieden, dass die Regelungen zum Sonderausgabenab-

zug von privaten Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen mit dem Grundgesetz nicht vereinbar seien. Der Abzug sei zu niedrig veranschlagt, weil die Höchstbeträge es dem Steuerpflichtigen nicht ermöglichten, in angemessenem Umfang Krankenversicherungsschutz zu erlangen.

Die Deutsche Steuer-Gewerkschaft gibt in einer ersten Stellungnahme zu bedenken, dass die fristgerechte Umsetzung zum 1. Januar 2010 im Lichte der derzeitigen konjunkturellen Situation auf den 1. Januar kommenden Jahres vorgezogen werden sollte, um einen Beitrag zur finanziellen Entlastung der Steuerpflichtigen und damit zur Stärkung der Binnenkonjunktur zu leisten. Dies könnte nicht nur die beginnende Rezession, sondern auch die Auswirkungen der durch den Gesundheitsfonds ansteigen-

den Krankenversicherungsbeiträge abmildern.

Eine Gesetzesinitiative sieht vor, im Rahmen des Sonderausgabenabzugs für Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge Beiträge des Steuerpflichtigen für sich, den Ehepartner und seine unterhaltspflichtigen Kinder im Rahmen einer sog. Basisabsicherung als Sonderausgabenabzug zu berücksichtigen. Beiträge zur Pflegeversicherung sind in voller Höhe als Sonderausgaben abziehbar. Nach Ansicht der Deutschen Steuer-Gewerkschaft leisten die geplanten Novellierungen jedoch einen weiteren Beitrag, um die Steuergesetzgebung noch komplizierter zu gestalten.

Grundaussage der Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts ist, dass die vom Steuerpflichtigen tatsächlich geleisteten Beiträge –

in diesem Fall zur privaten Krankenversicherung – für den Krankheits- und Pflegefall Teil des einkommensteuerrechtlich zu verschonenden Einkommensexistenzminimums sein sollen. Aus diesem Grund schlägt die DSTG als Beitrag zur Steuervereinfachung vor, die Krankenversicherungskosten nicht im Rahmen des Sonderausgabenabzugs zu berücksichtigen, sondern den steuerlichen Grundfreibetrag zu erhöhen. Bei einer Beitragsbemessungsgrenze zur gesetzlichen Krankenversicherung von 43 200 Euro jährlich im Jahr 2008 könnte der Grundfreibetrag pro Person um 1800 Euro und für jedes Kind um 1000 Euro erhöht werden, umso in einfacher Weise den Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts zur steuerlichen Berücksichtigung der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge zu entsprechen. ■

## Erhöhter Familienzuschlag muss zeitnah eingefordert werden

Das Bundesverwaltungsgericht hat am 13. November in zwei Verfahren eine wichtige Entscheidung zur Geltendmachung des Anspruchs auf erhöhten Familienzuschlag getroffen und dabei seine bisherige Rechtsprechung bestätigt, wonach ein zeitnahes Anmelden der Ansprüche auf erhöhten Familienzuschlag während des laufenden Haushaltsjahres notwendig ist.

Damit hat das Bundesverwaltungsgericht – die in der Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte unterschiedlich beantwortete Frage – geklärt, ob Beamte mit drei und mehr Kindern er-

höhte Besoldungsleistungen auf der Grundlage der vom Bundesverfassungsgericht in einem Urteil zur amtsangemessenen Alimantation kinderreicher Beamtenfamilien festgestellten Vollstreckungsanordnung nur dann zustehen, wenn sie diese Leistungen im jeweiligen Haushaltsjahr geltend gemacht haben. Die Entscheidung des höchsten deutschen Gerichts vom 24. November 1998 verpflichtete den Gesetzgeber, die Besoldung kinderreicher Beamter bis Ende 1999 in einem bestimmten Umfang zu erhöhen, um eine verfassungsgemäße Rechtslage herzustellen. Soweit

der Gesetzgeber dieser Verpflichtung nicht nachkommt, waren die Fachgerichte ab dem 1. Januar 2000 ermächtigt worden, selbst dem Kläger ergänzende Besoldungsbestandteile zuzusprechen.

Das Bundesverwaltungsgericht hat sich in seiner Entscheidung vom 13. November 2008 auf die ständige Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bezogen, wonach das wechselseitig bindende Treueverhältnis den Beamten verpflichtet auf die Belastbarkeit des Dienstherrn und dessen Verantwortung für das Gemeinwohl Rücksicht zu nehmen. Da die Alimantation des Beamten aus den gegenwärtigen

Haushaltsmitteln zur Verfügung gestellt wird, kann der Beamte nicht erwarten, dass er ohne eigenes Zutun nachträglich in den Genuss eines jahrelang zurückliegenden Unterhaltsbedarfs kommt, den er selbst gegenüber seinem Dienstherrn nicht zeitnah geltend gemacht hat.

Bestätigt wird damit die Rechtsansicht von DSTG und dbb, wonach es im Zuge der gerichtlichen Verfolgung von zurückliegenden Besoldungsansprüchen nicht ratsam ist, auch für diejenigen Jahre Ansprüche geltend zu machen, in denen kein Antrag auf Höheralimantation gestellt worden ist. ■

DSTG-Jugend:

## Diplom erhalten – Nein zum Bachelor/Master

Die DSTG-Jugend traf sich vom 17. bis 19. Oktober 2008 zu ihrem turnusmäßigen Bundesjugendausschuss. Zweimal im Jahr kommen Vertreter aus dem gesamten Bundesgebiet zusammen – diesmal in der Lutherstadt Wittenberg. Dort wurden

der Finanzverwaltung im gastgebenden Bundesland.

### ► Vorbereitung des Bundesjugendtages

40 Teilnehmer/innen diskutierten an dem Wochenende aktuelle Fragen der Gewerkschaftsar-

Bundesvorsitzende Thomas Eigenthaler als hochrangiger Gastredner informierte unter anderem ausführlich über das Projekt KONSENS. Außerdem berichtete Michael Westphal (DSTG) aus der aktuellen Arbeit der dbb-jugend, deren Vorsitzender er ist.

Auf ihrer Tagesordnung behandelten die jugendlichen Vertreter aus allen Bundesländern sämtliche für sie relevanten Themen, insbesondere den Schwerpunkt Ausbildung. Neben den Ergebnissen der diesjährigen Klausurtagung (vgl. DSTG magazin Nr. 6/2008) wurden die bisherigen Entwicklungen und weiteren Bestrebungen zum Bachelor/Master in Baden-Württemberg erörtert. Eine breite Diskussion schloss sich an. Nachdem die Ursachen und Rahmenbedingungen des sogenannten Bologna-Prozesses vorgestellt wurden, setzten sich die Teilnehmer mit den Vor- und Nachteilen der

neuen Abschlüsse in Bezug auf die Finanzverwaltung auseinander. Dabei überwogen eindeutig die Argumente für den Erhalt des Diploms. Mit Blick auf Bestrebungen, die Abschlüsse zu verändern, ergab sich ein nahezu einstimmig ablehnendes Meinungsbild, weil Bachelor/Master für die Finanzverwaltung weder sinnvoll noch praktikabel sind – sowohl national als auch europäisch.

Aus Sicht des BJA bräuchte eine konsequente Umstellung der Ausbildung des gehobenen Dienstes keine Verbesserungen, sondern eher Gefahren und insbesondere Qualitätseinbußen. Die entsprechenden Beschlüsse beim Steuer-Gewerkschaftstag 2007 sowie in den Positionspapieren der DSTG-Jugend sind nach wie vor aktuell und passend.

Deshalb setzt sich die DSTG-Jugend weiter dafür ein, dass das Diplom als Abschluss des gehobenen Dienstes in der Steuer- und Staatsfinanzverwaltung erhalten bleibt.

Die Bundesjugendleitung dankt allen Teilnehmern und Gästen für die gelungene Tagung! ■



► Der Bundesjugendausschuss bei seiner Sitzung in Wittenberg.

die Teilnehmer von Michael Sandau begrüßt, dem Landesvorsitzenden der DSTG Sachsen-Anhalt. Er schilderte die Situation

beim. Intensiv befassten sie sich mit der organisatorischen Vorbereitung des Bundesjugendtages 2009. Der stellvertretende DSTG-

## BGH verschärft Strafen für Steuerhinterziehung

Mit einem am 2. Dezember 2008 veröffentlichten Grundsatzzurteil hat der Bundesgerichtshof erstmals Leitlinien zum Strafmaß für Steuerhinterziehung aufgestellt. Dieses orientiert sich an der Höhe der hinterzogenen Beiträge. Das höchste deutsche Zivilgericht hebt dabei hervor, dass eine Aussetzung der Strafe zur Be-

währung nur noch in Ausnahmefällen möglich sei. Bis 500 000 Euro sind danach im Normalfall Geldstrafen angezeigt, bis 100 000 Euro müsse der Einzelfall berücksichtigt werden. Bei Beträgen von über 100 000 Euro müssten laut Bundesgerichtshof in der Regel Freiheitsstrafen verhängt werden, die jedoch noch zur Be-

währung ausgesetzt werden können.

Der BGH berücksichtigt bei seinen Abwägungen das Interesse der Öffentlichkeit an Steuerstrafverfahren. Er stellte heraus, dass bei Steuerhinterziehungsbeträgen in Millionenhöhe eine öffentliche Hauptverhandlung zwingend sei. Eine

Beendigung des Verfahrens per Strafbefehl sei damit aus Rechtsgründen nicht möglich.

DSTG-Chef Dieter Ondracek wertete die vom Bundesgerichtshof aufgestellten Leitlinien positiv. Damit werden den oftmals mit den Steuerhinterziehern ausgehandelten so genannten Deals ein Riegel vorgeschoben – zum anderen verdeutlichte der BGH nachdrücklich, dass es sich bei Steuerhinterziehung nicht um ein Kavaliersdelikt sondern um eine Straftat mit allgemein schädigender Wirkung handele. ■

# DSTG im Vorstand der VBL-Versorgungskasse vertreten

Seit dem 7. November 2008 ist die DSTG über ihren stellvertretenden Bundesvorsitzenden, Helmut Overbeck, im Vorstand der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) vertreten. Der Verwaltungsrat hat Kollegen Overbeck, der auch Vorsitzender der Tarifkommissionen von DSTG und dbb tarifunion ist, aus dem Kreis der Versicherten in dieses Amt berufen. Die Amtszeit endet Ende März 2012. Overbeck hat sich bisher im Verwaltungsrat der VBL für die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer eingesetzt. Der Vorstand hat 17 Mitglieder, davon drei hauptamtli-

che; im Verwaltungsrat sind 38 Mitglieder. Die VBL mit Sitz in Karlsruhe hat 880 Beschäftigte und ist die größte deutsche Zusatzversorgungskasse für Betriebsrenten im öffentlichen Dienst.

Seit über 75 Jahren führt sie die betriebliche Altersversorgung für Beschäftigte im öffentlichen Dienst durch. Die VBL verwaltet Beiträge und Umlagen von Arbeitgebern und Beschäftigten in Höhe von über 12 Milliarden Euro. Etwa eine Million Rentner erhalten neben ihrer gesetzlichen Rente eine Zusatzrente von der VBL. Insgesamt etwa 340 Millionen Euro zahlt die VBL monat-

lich an Zusatzrenten aus. Derzeit nutzen rund 5 400 beteiligte Arbeitgeber und etwa vier Millionen Versicherte die Dienstleistung der öffentlich-rechtlichen Einrichtung in Karlsruhe. Grundlage der betrieblichen Zusatzversorgung sind die Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften.

Zwei Umstände führten im Jahr 2001 zum Start der Freiwilligen Versicherung bei der VBL: der Systemwechsel in der Zusatzversorgung und die Einführung der „Rieser-Rente“ nach dem Altersvermögensgesetz. Die VBL bietet mit zwei Altersvorsorgeprodukten den

Versicherten an, mit eigenen Beiträgen ihren Lebensstandard im Alter zu sichern: Die fondsgebundene VBLdynamik und die VBLextra, die sich an das Punktemodell der VBLklassik (Pflichtversicherung) anlehnt.

Die VBL steht unter Aufsicht des Bundesministeriums der Finanzen. Die Freiwillige Versicherung der VBL steht unter Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin).

## **Anschrift**

VBL Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder  
Hans-Thoma-Str. 19  
76133 Karlsruhe

Telefon: 0721.155-0

Fax: 0721.155-666

E-Mail [info@vbl.de](mailto:info@vbl.de);

[www.vbl.de](http://www.vbl.de)



## Einladung zum Rhein-Ruhr-Marathon in Duisburg

Mitten im Revier finden 2009 die 8. Deutschen Meisterschaften der Finanzverwaltung im Marathon und Halbmarathon statt, nämlich in Duisburg. Die Stadt am Zusammenfluss von Rhein und Ruhr ist geprägt von rheinischer Herzlichkeit und der Bodenständigkeit des Reviers. Die Stadt ist stolz auf den größten Binnenhafen der Welt, das modernste Casino Europas und den größten Sportpark in Deutschland. Duisburg ist grün, nicht nur um die Sechs-Seen-Platte. Davon können sich die Läufer-

rinnen und Läufer, die am 7. Juni 2009 in Duisburg an den Start gehen, persönlich überzeugen.

Nach Regensburg, Karlsruhe, Steinfurt, Fulda, Hannover, Remscheid und Görlitz/Zgorzelec lädt die FSG Düsseldorf als Ausrichter die Kolleginnen und Kollegen der Steuerverwaltung, des Zolls, der Bauverwaltung und der übrigen Finanzverwaltung im Rahmen des Rhein-Ruhr-Marathons nach Duisburg ein. Nutzen Sie die Gelegenheit, sich im sportlichen Wett-

streit mit Kolleginnen und Kollegen aus dem gesamten Bundesgebiet zu messen. Es werden sowohl Einzel- als auch Mannschaftswertungen durchgeführt sowie die 1. Deutsche Marathon-Meisterschaft der Inline-Skater. Anmeldungen sind bis 30 Minuten vor dem Start möglich. Frühbucherbonus: Bis zum 31. Dezember 2008 beträgt das Startgeld für den Marathon 42 Euro und für den Halbmarathon 29 Euro, bis 30. April 2009 50/32 Euro, bis 4. Juni 2009 55/37 Euro und ab 5.

Juni 2009 60/40 Euro (incl. Finisherpaket mit T-Shirt, Medaille sowie Urkunde, Ergebnisdienst mit Listen, Video, Medaillengravur etc.).

Anmeldungen **nur** über das offizielle Anmeldeformular des Rhein-Ruhr-Marathon oder online im Internet ([www.rhein-ruhr-marathon.de](http://www.rhein-ruhr-marathon.de)) unter Kennzeichnung der Sonderwertung „**DM der Finanzverwaltung**“, Angabe der vierstelligen Dienststellennummer und der Dienststelle im Feld „Firma“.

## **Kontaktaufnahme**

über Rainer Vollmer, BPR bei der OFD Rheinland, [rainer.vollmer@ofd-rhld.fin-nrw.de](mailto:rainer.vollmer@ofd-rhld.fin-nrw.de), Tel.: 0221.9778 4042



> Zum Gedenken

## Karl-Hermann Becker ist gestorben

Am 25. November 2008 ist das Ehrenmitglied des Bezirksverbandes Düsseldorf, unser Kollege und Freund Karl-Hermann Becker aus Wuppertal, im Alter von 86 Jahren verstorben.



Nach mehr als 30-jähriger engagierter Personalratstätigkeit schied das Urgestein und der Pionier der Tarifarbeit vor rund 22 Jahren aus der Finanzverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen aus. Bis zu diesem Zeitpunkt war er seit 1967 ununterbrochen stellvertretender Vorsitzender und Sprecher der Angestelltengruppe im Bezirkspersonalrat bei der Oberfinanzdirektion Düsseldorf. Nach Öffnung der DSTG für den Tarifbereich im Jahre 1970 gehörte Becker zu den ersten Verwaltungsangestellten, die der DSTG beitraten. 1974 wurde er als Beisitzer in den Vorstand des Bezirksverbandes Düsseldorf gewählt. Von 1977 bis zu seinem Ausscheiden war er stellvertretender Vorsitzender des Bezirksverbandes. In dieser Zeit war er auch stellvertretender Vorsitzender der DSTG-Tarifkommission und im Vorstand der damaligen Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) im DBB.

Neben seinem Einsatz für die Gewerkschafts- und Personalratsarbeit war Karl-Hermann Becker lange Zeit im gesundheitspolitischen Bereich stark engagiert. Jahrzehntlang war er Versicherungsvertreter der Barmer Ersatzkasse. Für seinen ehrenamtlichen Einsatz wurde ihm das Bundesverdienstkreuz verliehen.



*Bundesleitung und Redaktion  
wünschen allen Leserinnen und Lesern  
ein gesegnetes Weihnachtsfest und ein glückliches  
neues Jahr 2009.*

*Die nächste Ausgabe des **DSTG** magazins  
(1/2-2009) erscheint Anfang Februar  
kommenden Jahres.*



> TAUSCHHECKE

- > **Ich bin Finanzbeamtin A8** aus Hamburg und suche schnellstmöglich eine/n Tauschpartner/in aus Niedersachsen. Meine Tel.-Nr.: 05721.936163 (M. Schmidt-F.). Am besten am Abend.
- > **StS'in (A6) aus Hessen** sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Thüringen. Bevorzugte Finanzämter: Erfurt, Gotha, Jena, Suhl, Eisenach. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte melden unter 0176.41162662.
- > **StI (A9) aus Niedersachsen** sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in (ggf. Ringtausch) aus Ba-Wü (bevorzugt FA Calw, Böblingen, Tübingen, Leonberg, Freudenstadt, Stuttgart). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet euch unter 04921.934617 oder nach Feierabend/WE 04934.910903.
- > **StHS'in (A8)** sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Ba-Wü oder optimal Berlin bzw. Brandenburg (Ringtausch) nach Hessen (FA Frankfurt). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Tel.: 0151.12158302
- > **StOS (A7) aus Hamburg** sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Ba-Wü. Versetzungsantrag ist gestellt. Bitte melden unter 0160.90531751 oder 040.42860861.
- > **StI'in aus Bayern** sucht dringend aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Berlin, ggf. auch im Ringtausch. Ein Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte melden unter: 0163.2379835 oder 0178.4660900.
- > **St'in z. A. (A9) aus NRW** (OFD Münster) sucht aus familiären Gründen händeringend Tauschpartner aus dem Freistaat Bayern (bevorzugte FA im Bereich München; FA Ebersberg auch wünschenswert). Versetzungsantrag ist gestellt. Ringtausch wäre möglich. Bitte melden unter 0176.21157462.
- > **Steuersekretärin (A6)** aus Rheinland-Pfalz sucht Tauschpartner aus dem Bereich Sachsen-Anhalt (OFD Magdeburg). Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Ringtausch möglich. Bitte melden unter 0179.1222894.
- > **StHS'in (A8) aus Thüringen** sucht dringend aus familiären Gründen ein/e Tauschpartner/in aus Bayern. Bevorzugte Finanzämter FA in Nürnberg; FA Fürth, Erlangen Hersbruck, Forchheim oder Schwabach. Auch Ringtausch möglich. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 0178.7965459 oder wagnerdeutschland@gmx.de.
- > **StOS'in (A7) aus dem Saarland** sucht aus familiären Gründen dringend Tauschpartner/in aus Baden-Württemberg (bevorzugt FA Pforzheim, Calw, Karlsruhe, Böblingen, Stuttgart, Ludwigsburg). Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte meldet Euch unter 0171.1234371 oder tauschgesuch@gmx.de.
- > **Amtsrat (A12) aus Hessen** sucht aus familiären Gründen eine/n Tauschpartner/in aus Nordrhein-Westfalen. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Bitte meldet Euch unter 0170.5258917 oder versetzung\_he\_nrw@onlinehome.de
- > **StHS'in (A8)** sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner aus Berlin bzw. Brandenburg nach Baden-Württemberg oder optional nach Hessen (Ringtausch). Versetzungsanträge wurden bereits gestellt. Bitte melden unter privat 030.50014928 oder 0170.1987457
- > **St'in z. A. (A9) aus Niedersachsen** (OFD Hannover, FA Peine) sucht aus familiären Gründen dringend eine/n Tauschpartner/in aus Brandenburg. Versetzungsantrag ist bereits gestellt. Bitte meldet Euch bei mir unter 0176.21178618 oder am Wochenende unter 035603.759793.
- > **StI'in (A9) aus dem Bundesland Brandenburg** sucht dringend eine/n Tauschpartner/in aus Sachsen-Anhalt, ggf. auch im Wege des Ringtauses. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Da eine Versetzung nahe an Berlin (FA Potsdam) ggf. möglich wäre, wäre das vielleicht auch eine Alternative für jemanden, der eigentlich nach Berlin möchte. Interessenten bitte melden unter 0177.7674319 oder h\_friedrich80@yahoo.de
- > Ich suche aus familiären Gründen einen Tauschpartner/in in **Thüringen, Hessen oder Niedersachsen**. Versetzungsantrag wurde bereits gestellt. Auch Ringtausch möglich. Bitte meldet Euch unter 0177.1724256 oder alexander-glock@gmx.de